

Roten Kampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Roten Kampf“ erscheint jeden Sonntag, ausser Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags- und Druckerei für den Bezirk Halle-Merseburg, 40655 Halle, Verdenstraße 14.

Abzugspreis: 15 Goldpfennig. d. Müllermeister 686; a. Spalte; 70 Goldpfennig. K. Kellme im Zentrum. Manuskripte zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047. 2251. Teleg.-Adr.: Roten Kampf. Halle. Sonntags: Commerz- u. Giro-Bank Halle. Goldpfennig: Berlin 1065 18. Zeit. Arch. 504.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 28. Dezember 1925

5. Jahrgang * Nr. 289

Das „Friedensfest“ als Kriegstanz

Die Ereignisse in China

Mächte-Intervention in China?

Paris, 27. Dezember.

In Peking sind Funksprüche aufgenommen worden, nach denen die Kabinette von Washington, Tokio, Paris und Rom sich noch vor Ende des Jahres zu einer Intervention in China entschlossen haben.

Ein entscheidender Sieg Tschangsolins?

Paris, 26. Dezember.

Die Wälder melden aus Peking, daß Tschangsolin über seinen Gegner, den General Kuo Sun Ling, einen entscheidenden Sieg errungen hat. General Kuo Sun Ling wurde mit seinen gesamten Truppen von der Kavallerie Tschangsolins gefangen genommen und zusammen mit seiner Frau auf Befehl Tschangsolins händlingsweise erschossen. Er hatte versucht, als Kuli verkleidet in Richtung auf Piao Yang zu entkommen.

Wenn sich diese beiden Meldungen bewahrheiten, stellt China vor wichtigsten Ereignissen. Während auf der einen Seite der General Fend durch die Eroberung Tientsins einen großen Sieg gegen jene Generale, die die imperialistischen Interessen der europäischen Staaten vertreten, errungen hat, wird dieser Sieg ferner durch den Sieg Tschangsolins in gewisser Weise wieder illusorisch gemacht. Durch den Sieg Tschangsolins hat sich die Lage der nationalrevolutionären Bewegung in China, die sich vor dem letzten entscheidenden Sieg stand, gewendet. Wieweit sie sich gewendet hat, und ob durch den Sieg Tschangsolins eine wesentliche Schwächung der nationalrevolutionären Bewegung in China vor sich gehen wird, ist noch nicht ersichtlich. Durch den Sieg Tschangsolins werden natürlich die imperialistischen Staaten in ihrem Vorgehen gegen China ermuntert werden, so daß diese Meldung von einer bevorstehenden Intervention der imperialistischen Staaten durchaus wahrscheinlich ist.

Über 100 Prozent Steigerung der Erwerbslosen in Stuttgart in den letzten 14 Tagen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

In Stuttgart hat sich die Zahl der Erwerbslosen innerhalb der letzten vierzehn Tage nach amtlichen Angaben verdoppelt und über 7200 auf 14 900 gestiegen. Viele Betriebe wurden über Weihnachten zwei bis drei Wochen stillgelegt. Teilweise ist die Lage der tauglichstehenden Angelegten. Auf 1100 Bewerber entfallen nur sieben offene Stellen.

Aus Dresden wird mitgeteilt, daß die Zahl der Erwerbslosen in einer großen Anzahl von städtischen Gemeinden innerhalb der letzten vierzehn Tage um 100 bis 120 Prozent gestiegen ist.

Die Korruption bei der Ekener-Spende erneut festgestellt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

Der „Montag Morgen“, der vor einer Woche die Korruption bei der Zepelin-Ekener-Spende aufgedeckt hat, legt seine Enthüllungen fort. Gegenüber einer „Berichtigung“ des angeschuldigten Sammlungsleiters Cobdell hält er seine Behauptungen in ihrer Gesamtheit aufrecht. Er stellt fest, daß bei den Veröffentlichungen über die Mißstände nach keine Kuratormannschaft tätig gewesen sei, trotzdem Cobdell auch bei der Vergabung von Mitteln im Namen der Zepelin-Ekener-Spende an seine Verwandten und bediensteten Parteifreunde sehr großzügig gewesen ist und ungeheure Provisionen selbst in Fällen gezahlt hat, in denen das gelieferte Sammel- und Werbematerial völlig unbrauchbar war.

Auf allen Bahnhöfen Deutschlands ist der Ruf nach der Zepelin-Ekener-Spende angeschlagen, der u. a. die Unterhelften der prominenten Führer des ADGB trägt. In der gleichen Weise liegt ein Befehl des Reichsbanners vor, der durch Herrn Börling gefaßt worden ist, daß sich alle Reichsbannerleiter an der Zepelin-Ekener-Spende zu beteiligen hätten. Wie lange wollen sich die Gewerkschaftsmitglieder und die profitorientierten Kameraden im Reichsbanner noch den Mißbrauch ihres Namens für einen solchen Korruptionswuch gefallen lassen?

Pariser Arbeiterportier in Solingen

Begeisterter Empfang durch die Solinger Arbeiterkassette

(Eig. Drahtm.) Solingen, 28. Dezember.

Am 26. und 27. Dezember weilte hier eine französische Fabrikmannschaft. Bei ihrer Ankunft am zweiten Weihnachtstag

Kein Friede in Syrien

Weitere Truppenlandungen

Paris, 27. Dezember.

Wie aus Beirut gemeldet wird, sind dort weitere französische Truppen gelandet worden. Sultan Mustafa hat sich mit dem größten Teil der Friedensbedingungen einverstanden erklärt, jedoch ablehnen, der Forderung nachzukommen, Syrien zu verlassen. Ueber den angebotenen Waffenstillstand sind die widersprechenden Gerüchte im Umlauf. Auf dem Luai d'Oran erklärt man, von dem Abschluß eines solchen nichts zu wissen.

Spanien und Frankreich nur zu einem „Siegfrieden“ bereit

Keine Verhandlungen mit den Unterhändlern Abd el Krim

(Eig. Drahtm.) Paris, 28. Dezember.

Wie aus Madrid gemeldet wird, weigert sich die spanische Regierung, die von einem Angehörigen Abd el Krim gemachten Friedensvorschlüsse anzunehmen und verlangt vollständige Unterwerfung der Millicia. Die spanische und französische Regierung würde nur Bedingungen annehmen, die ihrer Lage als Sieger entsprechen. Auch die französische Regierung weigert sich bis jetzt, die Verhandlungen mit dem Bevollmächtigten Abd el Krim aufzunehmen.

Kemal reist nach Moskau

Paris, 27. Dezember.

Den Wäldern wird aus Konstantinopel berichtet, daß Mustafa Kemal Pasha sich im April nach Moskau begeben wolle, um mit Tschitschewin über die durch den kürzlich in Berlin abgeschlossenen russisch-türkischen Vertrag geschaffene Lage zu verhandeln.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ in Ankara meldet, daß die türkische Regierung erwidert hat, sie habe, es wegen der Moskauangelegenheit nicht zu einem Kriege kommen zu lassen. Das türkische Kabinett und der türkische Generalstab hätten gestern in Anwesenheit Mustafa Kemals gemeinsame Beratungen abgehalten. Hierbei hätten die Minister ihren Standpunkt, von kriegerischen Maßnahmen abzusehen, gegen die Ansicht der anwesenden Militärs durchgesetzt.

wurden die Pariser Sportgenossen von einer etwa zweitausendköpfigen Menge Arbeiter und Arbeiterinnen, mit roten Fahnen am Bahnhof empfangen und in einem massenhaften Demonstrationzug durch die Stadt geführt. Am Sonntag fand ein Massenmeeting mit ebenfalls wie als zehntausend Teilnehmern statt.

Heinrich Wandts Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt

Die Klage für „Etappe Gent“

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 24. Dezember.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hat in gemeinsamer Sitzung den Antrag des Schriftführers Heinrich Wandt auf Wiederaufnahme seines Verfahrens und auf Heftentlassung bis zur Durchführung des neuen Prozesses abgelehnt. Heinrich Wandt wurde im Dezember 1922 wegen Landesverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hat in seinem Buch „Etappe Gent“ eine Reihe Offiziere schmerzlich belächelt, war aber in einer Reihe von Belästigungsgeschäften infolge Wahrscheinlichkeit freigesprochen worden. Er wurde ein Jahr später verurteilt und verurteilt wegen Verletzung eines amtlichen Schriftführers der Heeresverwaltung vom Dezember 1918 an einen Wehrleiter Grund, das allen bekannt war. Selbst Professor Schilling und Reichsangehöriger Sitzemann erklärten die Veröffentlichung für zulässig.

Auch der Genosse Gärtner bleibt in Haft

Vor kurzem hatte das Präsidium der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger ein Gnadengeßuch an den Staatsgerichtshof wegen des Falles des Schauspielers Joseph Gärtner gerichtet. Der Genosse Gärtner war bekanntlich wegen Vorlesens revolutionärer Schätze zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nummer 4 der Angelegenheit auf das Gnadengeßuch eine Antwort erteilt. Sie lautet:

Auf das Gnadengeßuch vom 7. Dezember 1925 für den Regisseur und Schriftsteller Joseph Gärtner ist dem Gärtner ein Gnadenbeweis nicht bewilligt worden. Wir bin mit Entschluß vom 27. Dezember 1925 beauftragt, das Verbot dem abtätigen zu befehlen. Der Herr Reichsminister der Justiz beschließt jedoch, nach Ablauf der Hälfte der im Urteil gegen Gärtner festgesetzten Strafe erneut zu prüfen, ob die Führung des Beweises in der Strafkammer nach gibt, einen Gnadenbeweis in Erwägung zu ziehen.

Unsere Aufgaben

Vom Volkrede des Zentralkomitees der SPD, wird uns mitgeteilt:

Die so häufig verkündete Stabilisierung gerät erneut in breitem Umfang ins Wanken. In einer ganzen Reihe von Ländern verschlechtert sich die Wirtschaftslage in steigendem Maße. In Frankreich Instabilität, in England „Stabilität“ des Arbeitslosenheeres, in Polen Hungerunruhen, in Deutschland die Schaffung eines Arbeitslosenheeres, das jetzt bereits annähernd 2 Millionen Arbeiter umfaßt und das in den nächsten Monaten auf 3 Millionen anwachsen kann. Die Krise in Deutschland ist ein Teil des Niedergangs des europäischen Kapitalismus überhaupt, der trotz aller Kredite, trotz aller Sanierungsmaßnahmen nicht in der Lage ist, der Anarchie in der Wirtschaft zu steuern. Auf der Tagung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf erklärte der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Neufuß, am 19. Dezember:

„Das Sterben in der Wirtschaft hat begonnen und dürfte sich in den nächsten Monaten noch in erhöhtem Maße fortsetzen.“

Das Sterben der Wirtschaft, das bedeutet vor allem Hunger für Millionen von Arbeitern, das bedeutet den Hungertod für Hunderttausende, das bedeutet die ruhmlose Vernichtung von zehntausenden Kleinbürgerlicher und Kleinrentner, wenn die kommunistische Partei es nicht versteht, die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf zu sammeln.

Die Arbeiterkassette muß sich klar darüber sein, daß diese Krise nicht eine vorübergehende Erhebung ist, sondern diese Krise ist ein Teil eines besonders tief greifenden einsetzenden und immer härter anhaltenden Niedergangs des Kapitalismus in Deutschland. Wie England tritt Deutschland in eine Periode, wo die Arbeitslosen nie unter eine Million sinken werden. Aber umfaßt England, das keine Arbeitslosen im Durchschnitt mit dem Lohn eines ungelerten Arbeiters unterstützt, ist die deutsche Bourgeoisie nichts, was die Notlage der Arbeitslosen zu lindern. Sie tut im Gegenteil alles, um die Arbeiterklasse und die Kleinbürgerlichen Schichten noch mehr zugunsten des Finanzkapitals, der Großindustriellen und der Großgrazier auszuräumen.

Die gegenwärtige Entwicklung hat viele gemeinsame Züge mit der Entwicklung von 1923. Zwar ist die Währung stabil, aber was nicht eine stabile Währung, wenn die Löhne sinken, die Preise steigen, wenn Millionen von Menschen nicht willen, mochte sie das trodene Brot nehmen sollen, nicht willen, wie sie die unerschwinglichen Mieten aufbringen sollen.

Die Stimmung in der Masse der jungen Arbeiter ist heute noch eine dumpfe, aber das deutsche Proletariat hat viel Energie, das nur eine Frage der Zeit ist, wenn diese dumpfe Stimmung umfliegen wird in große Massenbewegungen revolutionären Charakters.

Die Bourgeoisie weiß dies. Sie arbeitet mit allen Kräften auf die Errichtung der Diktatur hin, wobei es vollkommen gleichgültig ist, ob diese Diktatur formal errichtet wird oder nicht. Der Belagerungszustand wird weiter vorbereitet. Die bürgerlichen Parteien wollen den Belagerungszustand gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei durchführen und die hungernden Arbeiter gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei in die Kasse werfen lassen. Wichtig ist im Herbst 1925 soll die Sozialdemokratische Partei erneut die Front der Arbeiter gemeinsam mit der Bourgeoisie auseinanderlagern helfen.

Was ist zu tun?

Wir glauben, daß die Krise ein Ausmaß erreicht hat, daß die Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung so groß ist, daß nicht nur die politischen Parteien der Arbeiter, sondern auch die wirtschaftlichen Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, ein entscheidendes Wort sprechen müssen. Der ADGB hat einige vollständig unzulängliche Forderungen aufgestellt. Die Aufgabe der Gewerkschaften aber ist es, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern die Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen, um einen organisierten Kampf der Arbeiter gegen die bürgerlichen Organisationen, gegen den Lohnbruch, für die Forderungen der Gewerkschaften einzusetzen. Darüber hinaus muß die Kraft der Gewerkschaften eingesetzt werden für den Sturz einer Regierung, die sich in jeder Beziehung als Schwächling der schwerindustriellen Ausbeuter-Klasse erweist. Der ADGB, der stets betont, daß er sich nicht im Schlepptau einer politischen Partei befindet, hat es in der Hand, die Initiative für die Interessenvertretung des Proletariats und seiner Mitglieder zu ergreifen. Die Mitglieder der Gewerkschaften aber haben die Pflicht, darauf zu drängen, daß die Kraft ihrer wirtschaftlichen Organisationen zu ihren Gunsten in die Waagschale geworfen wird. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß das Internationales die wirtschaftliche und politische Macht immer großen Verbände planmäßig ausnimmt. Die Initiative der Gewerkschaften, und vor allem des ADGB, kann eine einheitliche Abwehrfront der Arbeiterkraft herbeiführen. Ein Verlangen des ADGB wird eine weitere Schwächung des Proletariats und der gesamten Arbeiterbewegung bedeuten.

Die Rolle der Sozialdemokratischen Partei in dieser Wirtschaftskrise wird am besten beleuchtet durch ihre Haltung zur Regierungsbildung. Die Bourgeoisie magt es heute so hoch zu herausfordern, so provozierend gegenüber der Arbeiterkraft aufzutreten, weil sie weiß, daß im entscheidenden Moment die Sozialdemokratische Partei bereit ist, in die Koalitionsregierung einzutreten, und daß die

